

Niederschrift

über die Sondersitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb gemeinsam mit dem Schul- und Sportausschuss

am 19.12.2024

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 15:00 Uhr

Sitzungspause: -

Ende: 16:02 Uhr

Anwesend für den Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb:

CDU

Frau Elke Grünewald	(ab 15:06, bis 15:53 Uhr)
Herr Carsten Krumhöfner	Stellv. Vorsitzender
Frau Tanja Orlowski	(ab 15:08, bis 15:53 Uhr)
Frau Carla Steinkröger	
Herr Werner Thole	

SPD

Frau Dorothea Brinkmann	
Herr Stefan Fleth	
Herr Sven Rörig	Vorsitzender
Herr Frederik Suchla	(ab 15:03, bis 15:52 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Michael Gorny	
Herr Paul John	(bis 15:53 Uhr)
Frau Romy Mamerow	(bis 15:53 Uhr)
Herr Klaus Rees	(bis 15:53 Uhr)

FDP

Herr Jan Maik Schlifter	(ab 15:13 Uhr)
-------------------------	----------------

Die PARTEI

Herr Christian Loth	
---------------------	--

Die Linke

Frau Meike Taeubig	(ab 15:10 Uhr)
--------------------	----------------

BfB

Herr Dietmar Krämer	beratendes Mitglied
---------------------	---------------------

Von der Verwaltung:

Herr Beigeordneter Kaschel	Stadtkämmerer Dezernat 1
Herr Bültmann	Kaufmännischer Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb
Frau Harodt	Technische Betriebsleiterin Immobilienservicebetrieb
Herr Hellermann	Geschäftsbereichsleiter Immobilienservicebetrieb
Frau Lummer	Steuerungsunterstützung Immobilienservicebetrieb
Frau Niestrath	Geschäftsführung BISB

Anwesend für den Schul- und Sportausschuss:

CDU

Frau Heckeroth

Herr Kleinkes

Herr Kulinna

Herr Leder

Herr Rüther

Ausschussvorsitzender

SPD

Herr Banze

Frau Lammel

Herr Nockemann

Frau Welz

Stellv. Ausschussvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Brockerhoff

Herr Grün

Herr Kartal

Frau Pfaff

(ab 15:15 Uhr)

Die Linke

Frau Lehmann

FDP

Herr Schlifter

Die PARTEI

Herr Schwarz

(ab 15: 20 Uhr)

AfD

Frau Ostwald

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Alich

Beratende Mitglieder

Herr Seidel

Frau Tweeboom

Frau Atmaca

Frau Adilovic

Herr Wittler

Verwaltung:

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus

Frau Fortmeier

Herr Seifert

Frau Beckmann

Herr Poetting

Herr Bilke

Frau Zellermann

Dezernat 2

Stab Dezernat 2

Stab Dezernat 2

Amt für Schule

Amt für Schule

Amt für Schule

Amt für Schule

Öffentliche Sitzung

Der Ausschussvorsitzende des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes, Herr Rörig, eröffnet die öffentliche gemeinsame Sondersitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb (48. Sitzung) mit dem Schul- und Sportausschuss (54. Sitzung) und begrüßt die Anwesenden. Im Vorfeld der Sitzung habe er sich mit dem Vorsitzenden des Schul- und Sportausschusses, Herrn Rüther, darüber verständigt, dass die heutige Sitzung von ihm, Herrn Rörig, geleitet würde.

Für den Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb stellt Herr Rörig die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Herr Rüther stellt für den Schul- und Sportausschuss die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zu Punkt 1

Berichterstattung Städtisches Bauprogramm bezogen auf Schulbaumaßnahmen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8984/2020-2025

Herr Kleinkes erkundigt sich, welche Maßnahmen konkret von Satz 2 des Beschlussvorschlages erfasst seien. Frau Harodt antwortet, dass dies im Wesentlichen die Maßnahmen der Kategorie I des gesamten Bauprogramms betreffe. Herr Kleinkes beantragt eine getrennte Abstimmung der beiden Sätze.

Beschluss:

Getrennte Abstimmung einzelner Punkte

Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes beschließen die Prüfung der Anwendung des Verfahrensvorschlages auf die Schulbaumaßnahmen des Bauprogrammes.

Abstimmungsergebnis BISB:

- einstimmig beschlossen -

Abstimmungsergebnis SchA:

- einstimmig beschlossen -

Maßnahmen, die sowohl zu weit im Prozess fortgeschritten sind und für die mindestens ein Bauantrag gestellt wurde, als auch die 17 beschlossenen Systembauten bleiben von dieser Prüfung ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis BISB:

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Abstimmungsergebnis SchA:

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 2

Schulentwicklungsplanung Grundschulen

Zu Punkt 2.1

Ganzheitliche SEP; hier: Schulorganisatorische Maßnahmen (Grundschule) im Handlungsgebiet Sennestadt aufgrund neuer SEP-Prognosen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8708/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

Beschluss:

1. Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb nimmt Kenntnis, der Schul- und Sportausschuss empfiehlt dem Rat, der Rat beschließt:

Der Beschluss zum Bau einer zwei- bis dreizügigen Grundschule am Schulzentrum Wintersheide wird bestätigt und die Verwaltung beauftragt einen Standortwechsel der Brüder-Grimm-Schule zu gegebener Zeit an den neuen Standort der zukünftigen Grundschule am Schulzentrum Wintersheide vorzubereiten sowie Vorschläge für die weitere Verwendung des alten Schulgebäudes der Brüder-Grimm-Schule zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis BISB:

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Abstimmungsergebnis SchA:

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.2

Ganzheitliche SEP; hier: Schulorganisatorische Maßnahme an der GS Babenhausen aufgrund neuer SEP-Prognosen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8707/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss des ISB nimmt Kenntnis, der Schul- und Sportausschuss beschließt:

1. Die geplante Zügigkeitserweiterung an der GS Babenhausen (Drucksache 11209/2014-2020) wird aufgrund der aktuellen Prognosezahlen nicht umgesetzt.
2. Die erforderlichen Maßnahmen zur Planung und zum Ausbau eines bedarfsgerechten Ganztagsangebots sowie eines bedarfsgerechten Ausbaus der Leineweberschule sind weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis BISB:

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Abstimmungsergebnis SchA:

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 2.3

Ganzheitliche SEP; hier: Schulorganisatorische Maßnahme an der GS Süd aufgrund neuer SEP-Prognosen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8709/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss des ISB nimmt Kenntnis, der Schul- und Sportausschuss beschließt:

- 1. Die geplante Zügigkeitserweiterung an der GS Süd (Drucksache 10681/2014-2020) wird aufgrund der aktuellen Prognosezahlen nicht umgesetzt.**
- 2. Die erforderlichen Maßnahmen zum Ausbau eines bedarfsgerechten Ganztagsangebots an der GS Süd sind weiter zu verfolgen.**

Abstimmungsergebnis BISB:

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Abstimmungsergebnis SchA:

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Gymnasium am Waldhof

Zu Punkt 3.1/3.1.1/3.1.2

Berichterstattung zum Prüfauftrag des Gymnasiums am Waldhof

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8985/2020-2025 (Informationsvorlage der Verwaltung)

Drucksachennummer: 8985/2020-2025/1 (Informationsvorlage der Verwaltung)

Drucksachennummer: 9278/2020-2025 (Änderungsantrag der Koalition)

Herr Suchla äußert vorab seine Irritation über das Verfahren. So sei er davon ausgegangen, dass der vorliegende Antrag in der jetzigen Sitzung im Fachausschuss abschließend beraten werde. Nun habe aber die CDU-Fraktion einen weiteren Antrag in die noch folgende Ratssitzung eingebracht. Er habe sich gewünscht, diese Thematik in dieser Sondersitzung gemeinsam zu diskutieren.

Herr Suchla begründet den Änderungsantrag der Koalition mündlich. Er erinnert daran, dass vor genau 5 Jahren, am 12.12.2019, der einstimmige Beschluss gefasst wurde, das Gymnasium am Waldhof auf 4 Züge auszubauen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass es zu diesem Zeitpunkt bereits seit 2 Jahren eine Mehrklasse gegeben habe. Damit habe man der Schule ein Versprechen gegeben, auch hinsichtlich der baulichen Erweiterung. Damals wie heute sei der jetzige Standort für 3 Züge zu klein. Eine Erweiterung auf 4 Züge bedeute natürlich eine bauliche Erweiterung. Er appelliere daher heute, 5 Jahre nach dem ersten Beschluss, dem Änderungsantrag der Koalition zu folgen, um das gegebene Versprechen einzulösen. Der Druck sei da, die bauliche Erweiterung sei nur über die Variante B2 möglich. Die stilprägenden Elemente des Haus des Handwerks müssten erhalten bleiben.

Herr Kleinkes antwortet, er wolle jetzt inhaltlich nicht zu weit vorgreifen, da dieses Thema in der nachfolgenden Sitzung des Schul- und Sportausschusses und ebenso noch in der heutigen Ratssitzung behandelt werde. Auch ihn ärgere es,

dass dies auch im Rat diskutiert werde. Alle Versuche, mit der Koalition diesbezüglich Gespräche zu führen, seien jedoch gescheitert. Daher müsse nun im Rat darüber entschieden werden. Richtig sei, dass am 19.01.2016 die 3-Zügigkeit des Gymnasiums am Waldhof beschlossen wurde, richtig sei auch, dass im Dezember 2019 die 4-Zügigkeit einstimmig beschlossen wurde. Dies aber vor dem Hintergrund von G8. Damals sei aber nur über eine Sanierung gesprochen worden, nicht über das Haus des Handwerks. Diese Diskussion habe 2019 noch nicht stattgefunden. Es habe auch keine Zusage gegeben, dass das Gymnasium am Waldhof für immer 4-zügig bleibe. Möglicherweise aber von Vertretern verschiedener Parteien. Für den Schul- und Sportausschuss und die CDU-Fraktion stelle dies aber keine Verpflichtung dar. Allein in den letzten drei bis vier Wochen hätten sich die Verhältnisse in einer Weise geändert, dass es notwendig geworden sei, die Situation neu zu überdenken. So gehe es jetzt nicht mehr nur um die Schülerschaft des Gymnasiums am Waldhof, sondern um alle Schüler*innen in Bielefeld. Er wisse auch nicht, was an der Umstellung von 4 auf 3 Züge derart nachteilig sein solle. Die jetzigen Schüler*innen seien hiervon nicht mehr betroffen und den zukünftigen wäre dies von vornherein bekannt. Durch die langjährige Kooperation des Gymnasiums am Waldhof mit dem Ratsgymnasium würden weder Wissen noch Leistungskurse verloren gehen. Die angeblichen Schwierigkeiten seien bisher von niemandem konkret benannt worden.

Beschluss zu 3.1.2 (Änderungsantrag der Koalition):

Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb und der Schul- und Sportausschuss beschließen:

Die Initiierung eines Architektenwettbewerbs im Rahmen der Umsetzung der Variante B2. Ziel dieses Wettbewerbs soll es sein, stilprägende Elemente des Bestands, wo architektonisch sinnvoll und möglich, in den Neubau zu integrieren.

Abstimmungsergebnis BISB:
- mit Mehrheit beschlossen -

Abstimmungsergebnis SchA:
- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.2

Anfrage der CDU-Fraktion "Haus des Handwerks"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9260/2020-2025

Über die schriftliche Antwort hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

- Der Schul- und Sportausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.3

Anfrage der CDU-Fraktion "Gymnasium am Waldhof"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9261/2020-2025

Über die schriftliche Antwort hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

- Der Schul- und Sportausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4

Umsetzung der Planung zum Seidensticker Campus; hier: Zeitliche Planung der Elternbefragung

Zu Punkt 4.1/4.2

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8983/2020-2025 (Beschlussvorlage der Verwaltung)

Drucksachennummer: 9281/2020-2025 (Änderungsantrag der Koalition)

Drucksachennummer: 9287/2020-2025 (Änderungsantrag der CDU-Fraktion)

Die einzelnen Punkte des Änderungsantrages der Koalition werden von Herrn Banze mündlich vorgetragen. Herr Rörig ergänzt, dass dieser Antrag den Beschlussvorschlag nicht ersetze, sondern darüber zusätzlich abgestimmt werde. Außerdem sei der Änderungsantrag entgegen dem Beschlussvorschlag nur vom Schul- und Sportausschuss zu beschließen, der Betriebsausschuss Immobilien-servicebetrieb nehme ihn nur zur Kenntnis.

Herr Schlifter teilt einleitend mit, dass er sich über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion freue. Auch er sehe die Einrichtung einer Sekundarschule auf dem Seidensticker Campus skeptisch. Die Schulentwicklungsplanung zeige keinen Bedarf für eine Sekundarschule. Aus seiner Sicht werde hier die Kür gemacht, bevor die Pflicht erfüllt sei. Aus diesem Grund habe er auch gegen eine Elternbefragung gestimmt. Der Antrag der Koalition sei ihm hingegen nicht objektiv genug. Insbesondere der Punkt 4. lese sich sehr einseitig und es werde insgesamt nur von integrierten Schulsystemen gesprochen. Auch bei der letzten Gründung einer Sekundarschule habe keine sachliche Information der Eltern stattgefunden, sondern sei eher einer Werbekampagne gleichgekommen. Dieses Ergebnis stelle er auch im vorliegenden Antrag der Koalition fest. Der gesamte Antrag erscheine ihm unsinnig, da der Schulentwicklungsplan keinen Bedarf dafür vorsehe. Er könne nicht nachvollziehen, warum man sich zusätzliche Aufgaben aufbürden wolle und zusätzliche Bedarfe wecke. Es sei fragwürdig, dafür gezielt Werbung zu machen. Dies stelle eine widersinnige Politik dar und gehe an den Bedarfen vorbei. Herr Schlifter mahnt an, zunächst die Pflicht zu erfüllen und erst dann über eine Weiterentwicklung nachzudenken. Die FDP-Fraktion sei daher gegen eine Elternbefragung. Er freue sich daher über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und deren Wunsch nach Aufschiebung. Hierzu wolle er aber noch die mündliche Begründung des Antrags abwarten. Der Antrag sollte jedoch ggf. präzisiert werden, da bei einer Verschiebung der Entscheidung über die Errichtung einer Sekundarschule auch die Elternbefragung zunächst verschoben werden müsse. Außerdem sei das weitere Vorgehen nicht geklärt, da die Haushaltsberatungen noch ausstünden. Dazu zähle auch das Schulbauprogramm und die dafür fehlende Finanzierung. Es sei nicht nachvollziehbar, wie man in diesem Zusammenhang mit einer Werbekampagne eine weitere Schule ins Spiel bringen könne, für die es keinen Bedarf gebe. Dies sei kein gelungener Beitrag zur Bildungspolitik.

Herr Kleinkes nimmt zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion Stellung. So habe die CDU im Gegensatz zur FDP am 06.12.2016 zwei Sekundarschulen in Bielefeld auf den Weg gebracht. Dazu stehe man als Fraktion. Allerdings würden die Zahlen auch zeigen, dass die bestehenden Sekundarschulen funktionierten, die Zahlen aber noch besser sein könnten. Für eine dritte Sekundarschule würden somit bereits die erforderlichen Zahlen an Schüler*innen fehlen. Vor diesem Hintergrund habe die CDU-Fraktion diesen Antrag gestellt. Der Antrag umfasse auch alle anderen damit zusammenhängenden Themen, wie z.B. die Elternbefragung. Auch diese solle zunächst zurückgestellt werden. Da die aktuellen Zahlen nicht für eine Sekundarschule sprächen, sollten die weiteren Planungen eingestellt werden. Ein zweiter wichtiger Punkt sei für die CDU-Fraktion, dass für ein 6-zügiges Gymnasium an diesem Standort noch wichtige Daten fehlen, so z.B. die Größe. Es müsse nun vorrangig geprüft werden, wie ein 6-zügiges Gymnasium umgesetzt werden könne und nicht, ob eine weitere Sekundarschule errichtet würde.

Zum Antrag der Koalition bestätigt Herr Kleinkes den Eindruck von Herrn Schlifter. Auch er habe an Veranstaltungen teilgenommen, bei denen für die Einrichtung einer Sekundarschule geworben worden sei. Seines Erachtens sei es nicht nur darum gegangen, eine neue Sekundarschule vorzustellen, sondern es sei viel Geld investiert worden, um die Eltern davon zu überzeugen, dass dies die richtige Schulform für ihre Kinder sei. Er hoffe, dass die SPD-Fraktion von sich aus darauf komme, dass aufgrund der Zahlen kein Bedarf für eine weitere Sekundarschule bestehe. Er halte es daher für falsch, große Werbeaktionen zu starten, um die Eltern zu überzeugen. Vielmehr müsse eine objektive Berichterstattung erfolgen. Seiner Meinung nach wüssten die Eltern selbst, welche Schule für ihre Kinder gut sei. Hier spiele allenfalls die Empfehlung der Schule eine Rolle. Der Antrag der Koalition werde daher von der CDU-Fraktion abgelehnt.

Frau Brockerhoff widerspricht Herrn Kleinkes, dass die Koalition die Entscheidung nicht aufschieben wolle, bis über die Zügigkeit des Gymnasiums entschieden sei. Dies würde ihres Wissens direkt in der nächsten Sitzung entschieden. Sie sei auch sehr verwundert, dass Herr Schlifter den Elternwillen propagiere, sich dann aber gegen eine Elternbefragung ausspreche. Der Antrag der Koalition zielle gerade darauf ab, den Elternwillen zu respektieren und die Eltern zu befragen, welche Schulform sie bevorzugten. Hierzu gehöre auch die Information, welche Schule ausgewählt werden könne. Mit dem Seidensticker Campus könne eine Innovation für Bielefeld entstehen. Die Koalition erkenne selbstverständlich die Bedeutung der Schulentwicklungsplanung und der entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen an. Allerdings gebe es bereits im jetzigen Bildungssystem Probleme. Auch ein möglicher Schulformwechsel nach Klasse 6 müsse berücksichtigt werden. Diesbezüglich dürfe man nicht vergessen, dass ein Schulwechsel nicht für alle Schüler*innen von Vorteil sei. Aus ihrer Sicht müsse das gesamte System in den Blick genommen werden. Die integrierten Systeme leisteten neben den Realschulen und Gymnasien einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Unter anderem den, in einer Schule bleiben zu können und den für die Schüler*innen bestmöglichen Abschluss zu machen. Deshalb müssten diese Schulformen vorangebracht werden. Ein Kommunikationsprozess sei notwendig, um zu zeigen, welche gute Arbeit diese Schulen leisten, und den Eltern die Möglichkeit zu geben, eine Wahl zu treffen. Ein Problem entstehe, wenn man sich die Zahlen nach der Stufe 7 anschau. Als verantwortungsvolle Politiker*innen müsse man anerkennen, dass es nicht nur nach der Stufe 5 Bedarfe gebe, sondern diese auch in den höheren Stufen entstünden, und vor diesem Hintergrund entscheiden, wie mit den Schüler*innen umzugehen sei. Die Koalition wolle diese Frage aufgreifen, um die Schulentwicklungsplanung ganzheitlich zu betrachten. Sie halte es für wichtig, eine Kommunikation in die Stadtgesellschaft zu initiieren, um die Eltern zu befragen, ob sie eine solche Schulform bevorzugen.

Frau Ostwald entgegnet, dass es sie doch sehr verwundere, dass die Koalition den Elternwillen nach einer Schulform, die nicht dem gemeinsamen Lernen ent-

spreche, sondern dem gegliederten System, das sich über Jahrzehnte sehr gut bewährt habe, negativ als Segregation darstelle, sie empfinde dies als despektierlich. Natürlich sei es das Recht aller Eltern, das Beste für ihre Kinder zu wollen. Es gebe aber auch Eltern, die die Zukunft ihrer Kinder nicht im gemeinsamen Lernen sähen, sondern in einer Regelschule, die etwas mehr Ordnung und Rahmen in das Bildungssystem bringe. Innere und äußere Differenzierung seien zwei Seiten derselben Medaille. Äußere Differenzierung sei keineswegs Segregation. Dem widerspreche sie zutiefst. Die Koalition missachte damit alle Förderschullehrer und alle Pädagogen, die in diesem System hervorragende Arbeit leisteten. Sie appelliere daher, den Elternwillen zu respektieren, der in jedem Fall Vorrang haben müsse.

Herr Schwarz erklärt, dass nun mehrmals die Worte wie Werbeveranstaltung oder widersinnige Politik gefallen seien. Verwunderlich finde er in diesem Zusammenhang, dass sich einige Fraktionen nur für den Bau eines Gymnasiums aussprechen und dies dann mit dem Elternwillen begründen. Ebenso absurd sei die Aussage, dass die Wahl der Schulform auf dem Elternwillen beruhe und nicht auf den genannten Einschulungsvoraussetzungen. Da eine Sekundarschule wiederum beide Aspekte berücksichtige, zeige sich, dass sich die politischen Vertreter teilweise widersprüchlich verhalten würden. Auf dem Seidensticker Campus gäbe es aufgrund der räumlichen Gegebenheiten erstmals die Möglichkeit, eine solche Schulform zu realisieren. Andernorts herrsche dagegen überall Platzmangel. Dies könne man auch am Gymnasium am Waldhof beobachten, wo eine Nachrüstung mit großen Schwierigkeiten verbunden sei. Auf dem Campus gebe es hingegen die Möglichkeit, eine Sekundarschule zu errichten. Es sei sehr bedauerlich, dass dieser Bedarf nicht berücksichtigt werde. Ebenso sei er der Meinung, dass eine Einschulungsempfehlung auch die Form der Sekundarschule beinhalte. Dies sei in der Vergangenheit möglicherweise nicht der Fall gewesen. Die Chance, die sich jetzt biete, müsse genutzt werden. Auch unter Berücksichtigung einer Elternbefragung.

Frau Lehmann stimmt Herrn Schwarz zu und wendet sich an Herrn Kleinkes. Sie könne ihm versichern, dass sie sich im Planungsprozess des Bildungscampus sowohl für ein inklusives Gymnasium als auch für eine Sekundarschule einsetzen werde. Außerdem möchte sie richtigstellen, dass die Grundschule am Ende der 4. Klasse eine Empfehlung für eine gegliederte oder eine integrierte Schulform ausspreche. Diese stehe also bereits auf dem Zeugnis.

Herr Schlifter sagt, der Antrag der CDU zielen gerade darauf ab, die Zügigkeit der Gymnasien zu erhöhen. Dies auch dadurch, dass die Züge an der Herforder Straße erhöht werden. So gebe es in Bielefeld mit dem Ceciliengymnasium, dem Helmholtzgymnasium und dem Gymnasium am Waldhof drei Gymnasialstandorte mit jeweils 4 Zügen. Da man jetzt am Campus Seidensticker die 6-zügigkeit anstrebe, werde dem Rechnung getragen. Dies wolle er klarstellen.

Zu dem Thema Elternwillen möchte er mitteilen, dass seine Fraktion sich entschlossen habe, sowohl die Geburtenzahlen, die Wohnbevölkerung als auch das Wahlverhalten der bisherigen Schulformen zu berücksichtigen. Die Zusammenfassung dieser Ergebnisse sei sehr aufwändig gewesen. Hierdurch würde ebenfalls der Elternwille berücksichtigt werden, da das Wahlverhalten bei den weiterführenden Schulen mit in Betracht gezogen werde. Diesen Umstand habe Herr Schwarz außer Acht gelassen. Eine reine Befragung zu einer bestimmten Schulform stelle jedoch keine adäquate Grundlage zur Berechnung eines Bedarfes dar.

Dies störe ihn auch am Beitrag von Frau Bockerhoff. So sage sie zwar, dass die Koalition alle Schulformen berücksichtige, aber man habe den Eindruck, dass es der Koalition darum gehe, ein integriertes System zu fördern und bestimmte Schulformen zu bevorzugen. Auch in Punkt 4 des Antrages sei nicht zu lesen, dass gegliederte Schulsysteme kommuniziert würden. Er frage sich daher, ob dies nicht eher für eine Ungleichbehandlung spreche. Er kritisiert Frau Bockerhoff.

hoff und fordert sie auf, zuzugeben, dass man mit dem Änderungsantrag der Koalition ein integratives Schulsystem erreichen wolle. Herr Schlifter wendet sich an Frau Lehmann und bemängelt, dass sich keine andere Fraktion so sehr gegen den Bau eines zusätzlichen Gymnasiums nach den Empfehlungen der Schulentwicklungsplanung gesträubt habe wie Die Linke. Ihre Aussage, dass sie für alle Schulformen werbe, stimme daher nicht und der eigentliche politische Wille sei ein anderer. Hier wünsche er sich mehr Ehrlichkeit.

Herr Kleinkes äußert seine Enttäuschung darüber, dass nach so vielen Jahren der Zusammenarbeit immer wieder versucht werde, einzelnen Parteien zu unterstellen, sie seien entweder für oder gegen etwas. Frau Brockerhoff habe soeben den Eindruck erweckt, dass die CDU-Fraktion generell gegen die Einrichtung von Sekundarschulen sei. Frau Brockerhoff antwortet, dass sie dies so nicht gesagt habe. Herr Kleinkes informiert, dass es in Bielefeld bereits zwei Sekundarschulen gebe. So sei am Standort Königsbrügge noch ausreichend Platz für die Bildung einer Mehrklasse vorhanden. Eine weitere Sekundarschule sei daher nicht erforderlich.

Die CDU-Fraktion habe seinerzeit, als die Zahlen des Schulentwicklungsplanes vorlagen, sogar beantragt, eine weitere Realschule zu planen. Dies sei damals von der SPD-Fraktion mit der Begründung abgelehnt worden, dass die Zahlen dies nicht hergeben würden. Damals seien die Zahlen für die SPD noch wichtig gewesen. Heute aber spielten diese Zahlen für die Errichtung einer weiteren Sekundarschule für diese Partei keine Rolle mehr. Aufgrund der Zahlen habe die Koalition dann aber notgedrungen dem Bau eines Gymnasiums auf dem Campus zugestimmt. Dabei habe sie noch vor wenigen Jahren den Bau einer Gesamtschule auf dem Gelände gefordert. Die Zahlen sprächen aber auch gegen den Bau einer weiteren Gesamtschule. Letztlich gehe es aber darum, dass die Koalition ein Fan von integrierten Schulsystemen sei und dies auch zugeben könne. Er als Befürworter von integrierten Systemen, aber auch von Gymnasien und Realschulen bitte Frau Brockerhoff, diese drei Schulsysteme doch gleich zu behandeln.

Herr Banze stimmt Herrn Kleinkes in dem Punkt zu, dass auch er es als unglücklich empfinde, sowohl für die Opposition als auch für die Koalition, in eine Ecke gedrängt zu werden und gesagt zu bekommen, dass man für oder gegen ein bestimmtes Schulsystem sei. So interpretiere er auch die Politik der Koalition nicht. Der Anspruch sei, alle gleich zu behandeln. Er finde es schade, dass man keinen gemeinsamen Kompromiss gefunden habe. Auch könne er Teile der Argumentation nicht nachvollziehen. So sei der Koalition vorgeworfen worden, die Gymnasien und andere Schulformen zu benachteiligen. Dies könne er so nicht stehen lassen. Die Koalition habe in der Vergangenheit einer Vielzahl von Investitionen zugestimmt, wie z.B. an den Standorten Gymnasium am Waldhof, Cecilien-Gymnasium oder Seidensticker Campus. In dieser Legislaturperiode werde so viel wie noch nie in alle Schulformen investiert. Es gebe keine Bevorzugung eines Systems. Er frage sich jedoch, woher Herr Kleinkes wisse, dass an allen Sekundarschulen noch genügend Platz vorhanden sei. Möglicherweise handle es sich hier um eine Fehlinformation. Auf der Homepage der Stadt Bielefeld sei ersichtlich, dass zum Schuljahr 2024/25 kein Platz mehr vorhanden sei und somit ein entsprechender Bedarf bestehe. Bei der Planung einer Schule seien viele verschiedene Faktoren zu berücksichtigen, so z.B. nicht nur die Anmeldezahlen, sondern auch die Zahl der Schulwechsler. Daher sehe die Koalition für Bielefeld derzeit die beste Handlungsmöglichkeit in einer Elternbefragung. Wenn der Wille bestehe, auf dem Seidensticker Campus eine Sekundarschule zu errichten, sollte man sich dem nicht entgegenstellen. Gegenseitige Schuldzuweisungen seien nicht notwendig, Meinungsverschiedenheiten dagegen zulässig.

Frau Ostwald frage sich, wie man mit dem Wort Segregation im Änderungsantrag umgehen solle, denn Segregation sei ein absolut negativer Begriff. Das sei die Grundlage der Bildungspolitik der Koalition und das, was sie den anderen vorwerfe. Es sei die subjektive und negative Sicht der SPD auf das etablierte

Bildungssystem. Ihre Verteidigung erscheine daher unglaubwürdig. Auch die Argumente von CDU und FDP seien unglaubwürdig. Denn diese hätten mit der Koalition einstimmig sowohl die Schulentwicklungsplanung als auch ein inklusives Gymnasium beschlossen. Dass sie sich jetzt gegen den Vorrang inklusiver Systeme aussprächen, sei ebenso unglaubwürdig wie die Wortmeldungen der SPD. Sie forderte mehr Ehrlichkeit, auch bei den zu benennenden Defiziten. Der Elternwille müsse respektiert werden. Dieser schätze das traditionelle Schulsystem und wolle es am Leben erhalten. Diese Schulformen müssten anerkannt werden und seien nicht mit Segregation in Verbindung zu bringen.

Herr Leder teilt mit, dass er das Gefühl habe, die Verwaltung werde ad absurdum geführt. Die Verwaltung stelle eine Vielzahl von Zahlen zusammen, die die Politik aber nicht zur Kenntnis nehme. So führe man die Verwaltung vor. So sehe man, dass eine Sekundarschule nicht ableitbar sei, verfolge diese aber weiter.

Frau Brockerhoff informiert, dass man nicht alle Schüler*innen gleich behandeln könne. Sofern jemand schlechtere Startchancen habe, könne man ihn nicht mit einer besser gestellten Person gleichsetzen. Dies sei ungerecht. Vor diesem Hintergrund könne man in diesem System nicht alle gleich behandeln. Daher sei es wichtig zu prüfen, welches System was benötigt. Es sei bedauerlich, dass das Schulgesetz nur vor der fünften Klasse Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die ermittelten Zahlen zulässt. Dies sei ärgerlich und bilde nicht die Realität ab. Es gebe Schulwechsler, Abschlüsse und die Durchlaufsysteme der Realschulen. Die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen wolle diese Tatsache nicht ignorieren. Das Schulgesetz berücksichtige nicht den Bedarf nach der Stufe 6. Deshalb könne eine Sekundarschule nur durch eine Elternbefragung realisiert werden. Sie stimme Herrn Banze zu, dass man schauen müsse, wo der Bedarf entstehe und nicht nur in eine Schulform investieren dürfe. Die gerechte Behandlung aller sei die Grundlage der Koalition.

Abschließend erklärt Herr Dr. Witthaus, dass er nicht das Gefühl habe, vorgeführt zu werden. Er bestätigt, dass das Schulgesetz neben den Prognosezahlen auch die Möglichkeit einer Elternbefragung vorsehe. Dieser Weg sei von Anfang an konsequent aufgezeigt worden. Der Schul- und Sportausschuss habe dies auch mehrheitlich so beschlossen. Er wolle daher von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und noch einmal für die Elternbefragung werben. Bei der Entwicklung auf dem Campus gehe es um weit mehr als nur um den Bau von ein oder zwei üblichen Schulen, sondern um die Umsetzung eines Drei-Säulen-Modells. Davon würden alle Schüler*innen, die den Campus besuchen und dort ihren Bildungslauf absolvieren, sehr profitieren. Der Blickwinkel sollte erweitert werden, um eine Campuslösung als Ganzes zu betrachten. Er teilt Frau Ostwald mit, dass sie sicherlich ihre Position vertreten und Inklusion für sich formulieren könne. Der Anspruch an die Umsetzung eines Schulsystems in Bielefeld sei jedoch ein anderer.

Da neben der Campusentwicklung auch die Schulentwicklungsplanung Förderschulen im Frühjahr in den Schul- und Sportausschuss eingebracht werden soll, werde man sich bemühen, Entscheidungen zu treffen, die zukunftsfähige Bildungsgänge für alle Schüler*innen dieser Stadt beinhalten. Genau hier setze der Campus an. Deshalb plädiere er dafür, den Campus als Ganzes wahrzunehmen und nicht einzelne Bausteine herauszugreifen.

Beschluss:

Die Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb nimmt Kenntnis, der Schul- und Sportausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Gründung der Sekundarschule am Seidensticker-Campus erforderliche Elternbefragung im September 2026 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis BISB:

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Abstimmungsergebnis SchA:

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.1

Änderungsantrag der Koalition vom 17.12.2024 zum TOP 4 Umsetzung der Planung zum Seidensticker Campus; hier: Zeitliche Planung der Elternbefragung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9281/2020-2025

Die Wortmeldungen werden unter Punkt 4 behandelt.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb nimmt Kenntnis und der Schul- und Sportausschuss beschließt:

1.

Die Verwaltung wird beauftragt, in einen Dialog mit Grundschulen im Umfeld des Bielefelder Bildungscampus' (insb. GS Hellingskamp, Wellbachschule, Volkeningschule und GS Milse und GS Altenhagen) einzutreten. Ziel ist es, die Schulen über die nächsten Schritte der Entwicklung des Bildungscampus' zu informieren.

2.

Zusätzlich sind Thementage bzw. Themenforen, bei denen insbesondere Eltern eingeladen werden sich im Prozess zu beteiligen, vorzusehen. Hierbei liegt das Augenmerk auf innovativem Lernen und der Entwicklung von Bildung der Zukunft, unter Bezugnahme auf das 4K-Modell (Kreativität, Kollaboration, Kommunikation und kritisches Denken). Wünschenswert ist hierbei zudem eine Beteiligung von Vertreter*innen der Schülerschaft, der bestehenden integrierten Schulsysteme, sowie anderer Schulformen und nicht zuletzt der Universität Bielefeld.

3.

Die Verwaltung wird angeregt „Maßnahmen gegen die Segregation in der Bielefelder Schullandschaft“ zum Thema der nächsten Bildungskonferenz zu erheben, hierbei werden Lenkungskreis und Leitungsteam gebeten federführend die Vorbereitung zu übernehmen und im Vorfeld mögliche Maßnahmen erarbeiten.

4.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, im Vorfeld der Elternbefragung gemeinsam mit den bestehenden integrierten Systemen eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln. Ziel der Kommunikationsstrategie und des Informationsangebotes ist es, besonders Eltern über die Stärken der pädagogischen Konzepte dieser Schulen zu informieren, bestmögliche Bildungswege für jedes Kind zu ermöglichen und dadurch die Bekanntheit und Akzeptanz integrierter Schulsysteme in Bielefeld zu verbessern.

Abstimmungsergebnis BISB:

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Abstimmungsergebnis SchA:

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 4.2

Änderungsantrag der CDU vom 18.12.2024 zum TOP 4 Umsetzung der Planung zum Seidensticker Campus; hier: Zeitliche Planung der Elternbefragung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9287/2020-2025

Die Wortmeldungen werden unter Punkt 4 behandelt.

Beschluss:

Die Entscheidung über die Errichtung einer Sekundarschule am Standort Seidensticker Campus wird bis zu einer Entscheidung über die Zügigkeit des zu errichtenden Gymnasiums auf dem Seidensticker Campus zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis BISB:

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Abstimmungsergebnis SchA:

- mit Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Bielefeld, den 27.02.2025

gez. Rörig, Vorsitzender BISB

gez. Niestrath, Schriftführung BISB

gez. Rüter, Vorsitzender SchA

gez. Zellermann, Schriftführung SchA